

Zwischen TTIP und Agrarwende

Im April tagte der BGA-Ausschuss für Agrar- und Ernährungswirtschaft in Berlin. Dabei diskutierten die Teilnehmer insbesondere über den aktuellen Stand der Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie die Pläne der Grünen für eine Agrarwende.

Cornelia Berns, Referatsleiterin (Internationale Handelsangelegenheiten) im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, tauschte sich mit den Teilnehmern über TTIP aus. Berns berichtete, dass in der neunten Verhandlungsrunde, die im April in New York stattgefunden hat, zu allen verhandelten Bereichen Angebote ausgetauscht wurden. Konkrete Ergebnisse lägen aber noch nicht vor. Für den Agrarmarkt biete TTIP eine große Chance. Die Verbraucher in den USA hätten ein großes Interesse an europäischen Produkten, speziell auch an Bio-Produkten aus Europa. TTIP eröffne den Produzenten und Händlern Aussicht auf mehr Kunden. Für die Verbraucher würde das Angebot vielfältiger und damit interessanter. Die Beamtin erklärte, dass neben dem Abbau von Zöllen gerade bei technischen Fragen viel Spielraum bestehe, um den Handel zwischen Europa und den USA zu erleichtern. So werde beispielsweise angestrebt, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Gegenwärtig könne es im Obst- und Gemüsebereich bis zu 25 Jahre dauern, bis ein Produkt für den amerikanischen Markt zugelassen werde.

TTIP: Emotionalisierte Debatte versachlichen

In der anschließenden Debatte stellte Jens Kaß, Vorsitzender des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft, fest, dass die Argumente für das Freihandelsabkommen von den Kritikern oft ignoriert würden. Berns bestätigte, dass die Debatte extrem emotionalisiert sei und die Argumente der Gegner oft an der Realität vorbeigingen. Die Bundesregierung könne dieser bisweilen wider besseres Wissen gestreuten Fehlinformation nur mit Sachargumenten begegnen. Entgegen vielfach vorgetragener Kritik seien die Verhandlungen sehr transparent. Das BMEL habe im Verhältnis zu früheren Freihandelsabkommen der Europäischen Union deutlich bessere Möglichkeiten, sich in die Verhandlungen

einzubringen. Berns bekräftigte, dass weder die EU noch die USA beabsichtigten, im Zuge von TTIP Verbraucherschutzstandards zu senken. Die Bundesregierung verfolge das Ziel, die Verhandlungen zu dem Freihandelsabkommen schnellstmöglich abzuschließen.

Künftige Ausrichtung der deutschen Landwirtschaft

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschusssitzung war die Frage nach der künftigen Ausrichtung der deutschen Landwirtschaft. Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dazu im März einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (Sofortmaßnahmen für die Agrarwende – Für eine bäuerlich ökologische Landwirtschaft und gutes Essen). Darin fordern die Grünen eine Abkehr von der Industrialisierung in der Landwirtschaft und werben für mehr ökologische Produktion. Ebenfalls sprechen sie sich für mehr landwirtschaftliche Betriebe und kleinere Strukturen aus. Das Thema ist für die Grünen derzeit eine der größten Profilierungsmöglichkeiten. Der Ausschuss kam darin überein, dass viele von den Grünen angesprochene Punkte nicht von der Politik, sondern vom Markt und somit von den Verbrauchern zu entscheiden seien. Biologische Produktion könne beispielsweise nicht per Dekret angeordnet werden. Sie mache nur dort Sinn, wo der Verbraucher auch gewillt sei, die damit verbundenen höheren Produktionskosten zu tragen. Bernd Gruner, Senior Advisor im Brüsseler Büro des BGA, wies darauf hin, dass die Ansätze der Grünen beispielsweise in Frankreich und Italien Anklang fänden, weil beide Länder ebenfalls verstärkt nationale Interessen im Agrarbereich fördern wollen. Dies widerspreche jedoch der Idee eines europäischen Binnenmarktes.

Die nächste Sitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft findet am 20. August 2015 statt. Am

selben Tag wird dann auch wieder das traditionelle Barbecue der im BGA organisierten Verbände der Agrarwirtschaft veranstaltet. Beide Termine werden in Bonn stattfinden.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

BGA: Gelungener Jahresauftakt im Außenhandel

„Der deutsche Außenhandel geht dank Rückenwind in ein vielversprechendes Jahr 2015. Auch die deutschen Exporte in die Eurozone konnten im 1. Quartal zulegen. Allerdings sind die Ausfuhren dorthin nicht einmal halb so stark gewachsen wie in die Nicht-Euroländer. Das Wachstum der Exporte wird stark vom billigen Euro getragen und steht daher auf wackeligen Beinen.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für März 2015 bekanntgegeben. Demnach sind die deutschen Exporte im März im Vorjahresvergleich um 12,4 Prozent gestiegen, während die Importe um 7,1 Prozent zugelegt haben. Damit schloss die Außenhandelsbilanz im März mit einem Überschuss von 23 Milliarden Euro ab.

„Wir gratulieren David Cameron zum gestrigen Wahlsieg und hoffen, dass sich eine neue britische Regierung nun vehement für einen Verbleib Großbritanniens in der EU einsetzt. Ein „Brexit“ hätte nicht nur schwerwiegende Folgen für den europäischen Binnenmarkt, er würde die EU auch wirtschaftlich nach außen hin schwächen. Deutschland würde einen wichtigen Verbündeten in der EU für eine liberale Handelspolitik verlieren. Ohne die Briten wird es schwerer werden, sich gegen protektionistische Tendenzen in der EU zu wehren“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 8. Mai 2015

Metallhandel verlief 2014 unbefriedigend- Stimmungsaufschwung zu Beginn des 2. Quartals 2015

Das Jahr 2014 verlief für die deutschen Metallhändler und Recyclingunternehmer insgesamt unbefriedigend. „Die schon 2014 spürbare Abschwächung der Konjunktur in Asien und die stagnierende Nachfrage bei den meisten Basismetallen in Europa hat im vorigen Jahr zu einem deutlich

geringeren Bedarf geführt. Gleichzeitig sind die Margen wegen der hohen Verfügbarkeit der meisten Nichteisen-Metallschrotte deutlich gefallen“, erläutert Thomas Reuther, Präsident des Verbandes Deutscher Metallhändler e.V. (VDM), die Gründe für den unbefriedigenden Geschäftsverlauf im Metallhandel.

Der VDM Geschäftsklimaindex belegt, dass sich der Markt für den Metallhandel im Verlauf des Jahres 2014 kontinuierlich verschlechtert hat. Der anhaltend negativen Beurteilung der Lage hat sich im Verlauf des Jahres auch die Erwartung angepasst. Waren noch im 2. Quartal 2014 die Erwartungen der Metallhändler deutlich positiver als ihre Beurteilung der tatsächlichen Geschäftslage, so haben sich die Erwartungswerte zum Jahresende hin kontinuierlich auf die schwachen Werte der Lagebeurteilung zubewegt.

Hingegen gibt die aktuelle Marktentwicklung Anlass zur Hoffnung für den Metallhandel: Seit Beginn des 2. Quartals 2015 beurteilen erstmals seit 12 Monaten über die Hälfte aller VDM-Mitgliedsunternehmen – 55 Prozent – ihre Geschäftslage positiver als in den Quartalen davor.

① VDM-Pressemitteilung (Auszug) vom 6. Mai 2015

GFGH-Jahresbericht 2014 und Konjunkturaussichten

Die anhaltend positive Entwicklung der Binnenkonjunktur wirkt sich auf die Geschäfte des deutschen Getränkefachgroßhandels nur marginal aus. „Die Konsumenten geben ihr Geld eher für Technik, Mode, Urlaub und Immobilien aus als für mehr höherwertige Getränke“, berichtet Günther Guder, Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes GFGH, über die Stimmung bei seinen Mitgliedsbetrieben, die auch die alljährliche Konjunkturumfrage bei rund 20 Prozent seiner 556 Mitgliedsbetriebe widerspiegelt. Danach erwarten gut 50 Prozent für das erste Halbjahr 2015 lediglich gleichbleibende Umsätze und Erträge im Vergleich zum Vorjahr. Die gemeldeten Umsätze stiegen 2014 um 1,75 Prozent (Vorjahr 4,48 Prozent) auf 20,48 Mrd. Euro (Vorjahr 20,13 Mrd. Euro). Die Angaben der Verbandsmitglieder zur Gewinnsituation schwanken sehr und bestätigen den langjährigen Trend zu Firmenkonzukturen. 83 Prozent der Betriebe melden ein Ertragsplus, 16 Prozent einen Gewinnrückgang.

① GFGH-Pressemitteilung (Auszug) vom 4. Mai 2015

AUSSENHANDEL

Die EU und die Ukraine legen sich auf eine vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommen fest

Führenden Politiker der Europäischen Union und der Ukraine trafen sich am 27. und 28. April zum 17. Gipfeltreffen EU-Ukraine in Kiew. Dies war das erste Gipfeltreffen im Rahmen des Assoziierungsabkommen. Neben der Anwendung der Minsker Vereinbarungen und den politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Ukraine wurde auch die Vorbereitung des Gipfeltreffens zur östlichen Partnerschaft am 21. und 22. Mai in Riga erörtert.

In einer gemeinsamen Erklärung begrüßen die Regierungschefs die Unterzeichnung und die vorzeitige Anwendung wichtiger Teile des Assoziierungsabkommens. Zudem vermerken sie den Fortschritt bei der Vorbereitung zur vorläufigen Anwendung des Abkommens zur Einrichtung einer weitreichenden und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) ab dem 1. Januar 2016. Auf EU-Seite ist noch eine Ratifizierung des Assoziierungsabkommens durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten erforderlich. In der Ukraine muss der begonnene politische und wirtschaftliche Reformprozesses in Schlüsselbereichen wie der Verfassung, der Dezentralisierung der Verwaltung, der Bekämpfung der Korruption, der Justiz, der Restrukturierung des Energiesektors und der Verbesserung des Geschäftsumfelds intensiviert werden und konkrete Resultate liefern. Um Russland einzubinden und eine konstruktive Umsetzung zu gewährleisten, betonen die Regierungschefs die Bedeutung der Fortführung der trilateralen Konsultationen zum EU – Ukraine DCFTA.

Zur finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Ukraine haben die EU und die europäischen Finanzinstitutionen im März 2014 eine finanzielle Unterstützung von 11 Millionen Euro zugesagt und seitdem rund die 6 Millionen Euro in Form von Darlehen und Zuschüssen ausgezahlt. Im Rahmen einer internationalen Konferenz zur Unterstützung der Ukraine am 28. April 2015 kündigte die EU eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 110 Mio. Euro an. Davon sollen 70 Mio. Euro einer Sondermaßnahme für Privatsektorentwicklung und Rechtsangleichung zugutekommen, womit insbesondere KMU in allen Regionen des Landes unterstützt und somit Wachstum und Beschäftigung gefördert werden sollen. Ergänzt wird das Hilfspaket

durch eine Darlehensbürgschaft über 40 Mio. Euro, durch die auch der Zugang zu Finanzmitteln für die ukrainischen Unternehmen erleichtert werden soll.

① Das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen kann unter den folgenden Link eingesehen werden: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2014:161:FULL&from=EN>

[Bernd Gruner]

Ausfuhren in die Ukraine 2014 um ein Drittel gesunken

Im Jahr 2014 sind die deutschen Exporte in die Ukraine im Vergleich zum Vorjahr um 33,1 % zurückgegangen. Dabei fiel die Ukraine nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes mit einem Gesamtausfuhrwert von 3,6 Milliarden Euro von Platz 38 (2013) auf Rang 43 der Handelspartner Deutschlands.

① Pressemitteilung Destatis (Auszug) vom 29. April 2015

ARBEITSPOLITIK

42,5 Millionen Erwerbstätige im März 2015

Im März 2015 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 42,5 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 238.000 Personen oder 0,6 %. Allerdings hat sich seit Jahresanfang der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich abgeschwächt. Der jeweilige Zuwachs war in den Monaten Dezember 2014 (+ 0,9 %) und Januar 2015 (+ 0,8 %) noch stärker ausgefallen. Erwerbslos waren im März 2015 rund 2,0 Millionen Personen, 207.000 weniger als ein Jahr zuvor.

① Pressemitteilung Destatis (Auszug) vom 30. April 2015

VERKEHR

PKW-Maut passiert den Bundesrat

Nach dem Bundestag hat nun auch der Bundesrat grünes Licht für die Einführung der Pkw-Maut und die Absenkung der Kfz-Steuer für inländische Fahrzeughalter gegeben. Am vergangenen Freitag hat die sogenannte Pkw-Maut den Bundesrat passiert. Auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde verzichtet. Hiermit hatten im Vorfeld der

Sitzung einige rot-grün regierten Länder, wie z.B. Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg gedroht.

Die Maut soll 2016 in Kraft treten. Die EU Kommission hat in den vergangenen Monaten immer wieder eine kritische Prüfung angekündigt. Abzuwarten bleibt daher weiterhin, ob die Pkw-Maut europarechtskonform ausgestaltet wurde, oder am Ende doch noch aus Brüssel gestoppt wird.

[Kim Cheng]

VGA

Vertrauensschadenversicherung – nicht alle sind ehrlich

Die Vertrauensschadenversicherung tritt ein, wenn dem versicherten Unternehmen Vermögensschäden seitens der sog. Vertrauenspersonen (vor allem Betriebsangehörigen) oder seitens Dritter (z.B. Hacker) durch vorsätzliche unerlaubte Handlungen zugefügt worden sind. Dazu zählen insbesondere Vermögensschäden durch Betrug, Unterschlagung, Diebstahl, Untreue und Computermisbrauch.

Angesichts der Tatsache, dass die Wirtschaftskriminalität in den letzten Jahren nach aktuellen Studien deutlich zugenommen hat, stellt die Vertrauensschadenversicherung grundsätzlich eine sinnvolle Ergänzung des betrieblichen Versicherungsschutzes dar.

Am Versicherungsmarkt bilden sich zunehmend Möglichkeiten zur Erweiterung der Versicherungsbedingungen in der Vertrauensschadenversicherung heraus. Das betrifft z.B. die Mitversicherung von wissentlicher Pflichtverletzung als Ergänzung zur vorsätzlichen Schadenverursachung. Damit rückt die Vertrauensschadenversicherung auch näher an die Seite der D&O-Versicherung, wo die wissentliche Pflichtverletzung einen Ausschlussbestand darstellt.

Die Vertrauensschadenversicherung ist im Zuge der Diskussionen um Cyber-Versicherungen wieder verstärkt ins Gespräch gekommen. Berührungspunkte zwischen den beiden Versicherungen gibt es etwa auf dem Gebiet der Hacker-Schäden. Unternehmen, die eine Vertrauensschadenversicherung abgeschlossen haben, erwägen mitunter einen Ausbau dieser Deckung um gewisse Elemente der Cyber-Versicherung.

❶ Für weitere Fragen kontaktieren Sie uns jederzeit gern: VGA GmbH, Tel.-Nr. (030) 59 00 99 90

PERSONALIE

Trainee in der Abteilung Tarif- und Sozialpolitik

Rechtsanwalt **Cay Frederic Horstmann** verstärkt seit 4. Mai 2015 als Trainee die Abteilung Tarif- und Sozialpolitik beim BGA. Im Rahmen des sog. Geschäftsführernachwuchsprogrammes der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) absolviert Horstmann eine dreimonatige Stage und unterstützt die Arbeit der Abteilung beispielsweise in der aktuellen Tarifrunde im Groß- und Außenhandel. Zuvor war Horstmann bereits in der arbeitsrechtlichen Beratung von Unternehmen beim Allgemeinen Wirtschaftsverband Wilhelmshaven-Friesland-Wittmund sowie zuletzt in der Abteilung Lohn- und Tarifpolitik der BDA tätig.

[Denis Henkel]

Zitat der Woche

»Das ist wie bei der Sache mit der Eiscreme, die wir ab und zu hinfliegen. Das belebt die Geister.«

Dan Hartman, Manager der US-Raumfahrtbehörde Nasa, über den Transport einer italienischen Espressomaschine für die Astronauten auf der Internationalen Raumstation (ISS).

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 15. Mai 2015
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich